



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Mahmod

Telefon: (0221) 221 25001

Fax : (0221) 221 26565

E-Mail: midia.mahmod@stadt-koeln.de

Datum: 08.03.2016

**Auszug
aus dem Beschlussprotokoll der Sitzung des Ausschusses
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales vom 07.03.2016**

öffentlich

**10.9 Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst"
0423/2016**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
AN/0486/2016**

TOP 10.9 wurde wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit 8.1 und 8.2 behandelt.

**8.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept "Mehr Präsenz
und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" - Besetzung der
vorgesehenen weiteren 60 Planstellen
hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht"
AN/0152/2016**

**8.2 Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" -
Besetzung der vorgesehenen weiteren 60 Planstellen
hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht
AN/0150/2016**

Aufgrund der Beschlussvorlage der Verwaltung (TOP 10.9) erfolgte keine gesonderte Abstimmung über 8.1 und 8.2.

I. Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt in Abänderung seines ursprünglichen Beschlusses vom 23.06.2015 zum Stellenplan 2015 (1510/2015) die vorgezogene Besetzungsfreigabe von 60 Stellen im Ordnungsdienst zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Die für 2017 geplante Evaluation wird unbenommen von der vorgezogenen Besetzungsfreigabe beibehalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschluss wird wie folgt ergänzt:

1. Die Einstellung von zusätzlichen Ordnungskräften soll dazu dienen, bei Problemlagen in Köln besser intervenieren zu können. Dies betrifft den Bereich Bahnhofsvorplatz, Domumgebung, Altstadt, Kölner Ringe und weitere Citybereiche, die Erhöhung der Präsenz in anderen Teilen des Kölner Stadtgebiets sowie die intensiviertere Zusammenarbeit zwischen Ordnungsdienst und Polizei in Ordnungspartnerschaften. Die Handlungsfähigkeit des zentralen Ordnungsdienstes ist entsprechend zu optimieren. Zudem sind Aufgaben und Personaleinsatz des Bezirksordnungsdienstes je Stadtbezirk zu prüfen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für die Finanzierung zusätzlicher Streetwork-Stellen im Rahmen des weiter entwickelten Konzepts „Steuerung und Intervention durch Streetwork“ vorzulegen, um kurzfristig weitere Streetwork-Teams zu schaffen und die Zusammenarbeit von städtischen Diensten, Trägern der freien Jugendhilfe, Schulen, Vereinen und Polizei zu verstärken.
3. In einem modifizierten Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" ist der zukünftige zentrale und dezentrale Einsatz der Ordnungskräfte konkret und dem Ausschuss kurzfristig darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der DieLinke-Fraktion beschlossen.